Landtag Nordrhein-Westfalen

16. Wahlperiode



Ausschussprotokoll APr 16/188

07.03.2013

Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

13. Sitzung (öffentlich)

7. März 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:55 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt, Punkt 12 "Änderung der Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über den öffentlich Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (VV-

ÖPNVG NRW)", Vorlage 16/698, zu vertagen.

1 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

7

5

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1624

Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr 13. Sitzung (öffentlich)

07.03.2013 rt-hoe

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag des Ausschussvorsitzenden zu.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Piraten sowie bei Stimmenthaltung der CDU stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf zu.

2 Gesetz zur Zweckbindung der dem Land Nordrhein-Westfalen nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel (Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz – EMZG NRW)

10

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/748

Ausschussprotokoll 16/143

Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

3 Unser Land braucht Entwicklung – Anforderungen an die Novelle der Landesplanung

12

14

14

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/2131

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Piraten sowie gegen die Stimmen der CDU lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

4 Benachteiligung von Regionen mit Wohnungsbedarf im ländlichen Raum in der sozialen Wohnraumförderung

Vorlage 16/703

- Bericht des Ministeriums
 - Bericht durch Minister Michael Groschek (MBWSV)
 - Aussprache 15

Lan	ndtag Nordrhein-Westfalen - 3 - A	Pr 16/188
	sschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr 07 Sitzung (öffentlich)	7.03.2013 rt-hoe
5	In welchem Umfang wirken Vorgaben im öffentlich geförde Wohnungsbau investitionshemmend?	rten 17
	Vorlage 16/699	
	 Bericht des Ministeriums 	
	 Bericht durch Minister Michael Groschek (MBWSV) 	17
	- Aussprache	17
6	Darlehensförderung für die Quartiersentwicklung	21
	Vorlage 16/669	
	 Bericht des Ministeriums 	
	- Aussprache	21
7	Vorstellung des Konzeptes der Landesregierung zum Erhalt und Aufwertung von Wohnquartieren	zur 22
	Vorlage 16/670	
	 Bericht des Ministeriums 	
	 Aussprache 	22
8	Bundesverkehrswegeplan 2015, Bereiche Schiene und Wasserstra	aße 23
	Vorlagen 16/628 (Neudruck) und 16/711	
	 Bericht des Ministeriums 	
	 Aussprache 	23
9	Bericht aus dem Projektbeirat Leiseres Mittelrheintal	26
	Vorlage 16/714	
	 Bericht des Ministeriums 	
10	Liste der 375 Brücken im Nachrechnungsprogramm	27
	Vorlage 16/712	

* * *

Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr 13. Sitzung (öffentlich)

07.03.2013 rt-hoe

2 Gesetz zur Zweckbindung der dem Land Nordrhein-Westfalen nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel (Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz – EMZG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/748

Ausschussprotokoll 16/143

Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Dieter Hilser teilt mit, es sei eine öffentliche Anhörung durchgeführt worden.

Die mitberatenden Ausschüsse hätten wie folgt abgestimmt:

- Ausschuss für Kommunalpolitik: Kein Votum.
- Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion.
- Ausschuss für Schule und Weiterbildung: Einstimmig.
- Haushalts- und Finanzausschuss: Einstimmig bei einer Enthaltung.

Oliver Bayer (PIRATEN) erwähnt, er stimme dem Gesetzentwurf zu. Die Anhörung habe aber gezeigt, dass man die Zweckbindung enger fassen könne. Viele Vorschläge, wie diese enger gefasst werden könne, seien durchaus interessant.

Rolf Beu (GRÜNE) tritt dafür ein, den vorliegenden Gesetzentwurf ohne Änderungen zu beschließen. Über die Probleme von Erhaltungsbedürfnissen im ÖPNV und SPNV werde man sicherlich noch sprechen müssen.

Reiner Breuer (SPD) merkt an, die Anhörung habe eine deutliche Zustimmung zu dem Gesetzentwurf gezeigt. Dies sei nur selten der Fall. Von daher begrüße er, dass dieser Gesetzentwurf offensichtlich mit breiter Mehrheit verabschiedet werden könne. Seine Fraktion halte es auch für wichtig, dass nun dieses Gesetz in Kraft trete, denn dies führe bezüglich der Mittel zu Planungssicherheit und Rechtssicherheit. Darüber hinaus werde in Richtung Bund deutlich gemacht, dass Nordrhein-Westfalen in Erwartung dieser Mittel sei.

Bernhard Schemmer (CDU) sagt, mit dem Gesetz solle ja das geglättet werden, was bezüglich des Koch/Steinbrück-Papiers und der sich daraus ergebenen Verfassungsänderungen nicht funktioniert habe.

Es gebe die Mittelzusage des Bundes für 2013. Darüber hinaus liege im Deutschen Bundestag ein Gesetzentwurf zur Zurverfügungstellung der Mittel für 2014 vor. Auch er sehe es so, dass es mehr Mittel geben sollte. Daneben existiere ein Forderungs-

Landtag Nordrhein-Westfalen	- 11 -	APr 16/188
Ausschuss für Bauen, Wohnen	, Stadtentwicklung und Verkehr	07.03.2013
13. Sitzung (öffentlich)	<u>-</u>	rt-hoe

katalog der Länder in Richtung Bund, den er inhaltlich teile. Aber immer dann, wenn die Länder dem Bund bei der Lösung von Aufgaben helfen solle, werde das Ganze zu einer Einbahnstraße. Dies finde seine tiefe Missbilligung. Nichtsdestotrotz werde man dem Gesetzentwurf zustimmen.

Holger Ellerbrock (FDP) unterstreicht die Ausführungen des Abgeordneten Schemmer. Auch seine Fraktion stimme dem Gesetzentwurf zu.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.